



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Evangelische Hochschule Berlin
Teltower Damm 118-122
14167 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
Fon: 030 - 4692-141/144
Fax: 030 - 4692-166
dennis.buchner@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd-berlin.de

Berlin, 01.08.2016

Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Frau Malujdy,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation von Praktikantinnen und Praktikanten, die ein 5-monatiges unbezahltes Praktikum absolvieren müssen?

Sind sie für eine gesetzlich verankerte Bezahlung dieser Pflichtpraktika im Sozialen Bereich?

Sind sie für eine Vergütung in Höhe des Existenzminimums?

Bisher gibt es keine Ressourcen, um die Anleitung von Praktikantinnen und Praktikanten zu gewährleisten. In den (Rahmen)Verträgen zwischen Senat und Trägern sozialer Dienste tauchen Praktika nicht auf. Würden sie dies ändern? Wenn ja, wie?

Die Situation von Praktikantinnen und Praktikanten ist **unbestreitbar schwierig**. Um die wirtschaftliche Situation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnsektor zu verbessern, hat die SPD den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Allerdings gibt es **Ausnahmen vom Mindestlohngesetzunter anderem bei Pflichtpraktika**.

Der Arbeitgeber darf Pflichtpraktikanten zu einem **von ihm festgelegten Lohn beschäftigen**, auch wenn der von der Hochschule vorgesehene Zeitraum drei Monate überschreitet. Dies gilt für Praktika während des Studiums genauso wie für Vorpraktika, die vor Studienbeginn geleistet werden müssen. Schreibt ein Studierender seine Abschlussarbeit im Rahmen eines Praktikums in einem Unternehmen, zählt dies übrigens nicht als Pflichtpraktikum. Dies zieht ein weiteres Problem nach sich: Abschlussarbeiten in einem Unternehmen könnten gefährdet sein, wenn die Unternehmen nicht mehr bereit sind, den Mindestlohn an Praktikanten zu zahlen.

Hier wäre aus Sicht der Berliner SPD dringend eine Nachbesserung erforderlich, die jedoch auf Bundesebene zu erfolgen hat. **Eine Vereinbarung in den Rahmenverträgen zwischen Senat und Trägern sozialer Dienste ist grundsätzlich vorstellbar, letztlich aber auch eine Frage der finanziellen Umsetzbarkeit.**

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dennis Buchner', followed by a checkmark.

Dennis Buchner
Landesgeschäftsführer